

# newsletter

## verbraucherpolitik eu aktuell

### Inhaltsverzeichnis

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik	1
Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr	2
Finanzdienstleistungen	3
Gesundheit / Ernährung	4
Telekommunikation / Medien / Internet	6
Wirtschaftsfragen / Wettbewerb	7
Terminvorschau	9

## Allgemeine EU-Verbraucherpolitik

### 1. Freihandelsvertrag mit Kanada kurz vor Abschluss

Nach einem Bericht des kanadischen Außenministeriums vom 5. August 2014 sind die Verhandlungen der Europäischen Union mit Kanada über ein Freihandelsabkommen nunmehr abgeschlossen. Die Tagesschau hat den noch als "vertraulich" gekennzeichneten Text des "Canada-EU Comprehensive Economic and Trade Agreement" (CETA) veröffentlicht. Dieser wird nunmehr übersetzt und von Rechts- und Sprachsachverständigen überprüft. Der förmliche Abschluss der Verhandlungen ist für September 2014, voraussichtlich auf einem Gipfelreffen der Europäischen Union mit Kanada vorgesehen.

Das Abkommen mit Kanada gilt als Muster für das geplante transatlantische Handels- und Investitionsabkommen der Europäischen Union mit den USA (TTIP). Wie das TTIP enthält es Bestimmungen für Schiedsverfahren zwischen Investoren und Staaten (Investor-State Dispute Settlement, ISDS).

<http://www.international.gc.ca/media/comm/news-communications/2014/08/05b.aspx?lang=eng>

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/ceta-dokument-101.pdf> (Text des Abkommens)

### 2. EU-Regelung für Investor-Staat-Streitigkeiten

Der EU-Ministerrat verabschiedete am 23. Juli 2014 die Regelung der finanziellen Verantwortung bei Investor-Staat-Streitigkeiten vor Schiedsgerichten, welche durch internationale Übereinkünfte eingesetzt wurden, bei denen die Europäische Union Vertragspartei ist. Die Verordnung ist am 28. August 2014 im EU-Amtsblatt veröffentlicht worden und gilt nunmehr für alle künftigen Freihandelsabkommen der Europäischen Union, insbesondere den Abkommen mit Kanada und den USA. Nach der Verordnung sind die Mitgliedstaaten bei Streitfällen zuständig, die ihre eigenen Maßnahmen betreffen, die Europäische Union hingegen für Streitfälle im Zusammenhang mit Maßnahmen auf EU-Ebene. In allen Fällen wird eine enge Zusammenarbeit und Transparenz innerhalb der EU und zwischen den EU-Organen angestrebt.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12639\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12639_de.htm)

*verbraucherpolitik eu aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt Ihnen einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.*

*Berichtszeitraum  
21. Juli bis 31. August 2014*

### Impressum

*Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.  
Markgrafenstraße 66  
10969 Berlin*

*Referentin Internationales  
Maren Osterloh M.A.  
eu-internationales@vzbv.de*

*Anregungen zum Newsletter nehmen wir gerne entgegen.*

[http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:JOL\\_2014\\_257\\_R\\_0004](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:JOL_2014_257_R_0004)

## Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr

### 1. EU-Kommission schlägt Energieeinsparung um 30 Prozent bis 2030 vor

Die EU-Kommission hat am 23. Juli 2014 vorgeschlagen, die Energieeffizienz in Europa bis 2030 um 30 Prozent verglichen mit dem Jahr 1990 zu erhöhen. Das für 2020 beschlossene Ziel von 20 Prozent Energieeinsparungen sei erreichbar, wenn alle EU-Staaten ihre Anstrengungen intensivierten und die geltenden Rechtsvorschriften umsetzten, teilte die EU-Kommission mit. Nach aktuellen Prognosen dürfte die EU im Jahr 2020 Energieeinsparungen von 18-19 Prozent erwirkt haben.

Günther Oettinger, Vizepräsident der EU-Kommission zuständig für Energie, erklärte hierzu: "Unser Vorschlag ist die Triebfeder, die es der EU gestattet, auf kostenwirksame Weise mehr Versorgungssicherheit, Innovation und Nachhaltigkeit zu erreichen. Es ist ein ehrgeiziges und dennoch realistisches Ziel. Unser Ziel ist es, das richtige Marktsignal zu senden und einen Anreiz für weitere Investitionen in energieeffiziente Technologien zu schaffen, von denen sowohl die Unternehmen als auch die Verbraucher und die Umwelt profitieren werden."

Über die von der EU-Kommission präsentierten Klima- und Energieziele für 2030 müssen der EU-Ministerrat und das Europäische Parlament beraten. Weichenstellungen werden vom Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 23./24. Oktober 2014 erwartet. Dabei geht es auch darum, ob das Energieeinsparziel für 2030 verbindlich vorgegeben wird.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12575\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12575_de.htm)

### 2. Ökostrom-Beihilfen in Deutschland genehmigt

Die EU-Kommission hat am 23. Juli 2014 das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in der Fassung von 2014 endgültig genehmigt. Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia erklärte: „Das EEG 2014 fördert die Marktintegration erneuerbarer Energien. Mittelfristig sollten dadurch die Kosten für die Verbraucher sinken.“

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12584\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12584_de.htm)

### 3. EU-Kommission geht gegen Ausländerdiskriminierung bei Mietwagen vor

Die EU-Kommission hat sechs internationale Autovermietungsfirmen aufgefordert, ihre diskriminierende Praxis bei der Online-Buchung von Mietwagen zu beenden. Hintergrund sind Beschwerden von Verbrauchern gegen die Praxis von Anbietern, bei Internetanfragen Kunden nach ihrem Herkunftsland zu fragen und anschließend höhere Tarife zu verlangen. So habe ein deutscher Kunde, der in Großbritannien ein Fahrzeug mieten wollte, plötzlich den doppelten Preis zahlen sollen. In anderen Fällen sei es Verbrauchern nach der elektronischen Ermittlung ihres Herkunftslandes nicht möglich gewesen, ihre Online-Reservierung abzuschließen.

Die EU-Kommission sieht in diesen Praktiken einen Verstoß gegen das Verbot, Ausländer schlechter zu stellen. Die Firmen Sixt, Enterprise und Goldcar haben nach Angaben der EU-Kommission ihre Geschäftspraxis auf Grund der Rüge der EU-Kommission angepasst. Die Firmen Europcar, Hertz und Avis dagegen hätten nur unzulänglich reagiert. Die EU-Kommission hat daher weitere Informationen bis zum 30. August 2014 angefordert. Sie behält sich vor, bei den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten auf Abhilfe zu drängen.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12614\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12614_de.htm)

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-917\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-917_de.htm)

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/services/docs/services-dir/letters/20140811-letter-car-rental-companies\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/services/docs/services-dir/letters/20140811-letter-car-rental-companies_en.pdf)

## Finanzdienstleistungen

### 1. Europäische Finanzaufsichtsbehörden sollen mehr auf Verbraucherschutz achten

Die EU-Kommission hat am 8. August 2014 einen Bericht zur Funktionsweise der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden vorgelegt. Dies sind die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) und die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) sowie der Gemeinsame Ausschuss (GA) dieser drei Aufsichtsbehörden.

Die Überprüfung ergab, dass das Mandat der drei Aufsichtsbehörden ausreichend ist. Es müssten aber noch Spielräume in den Bereichen Verbraucher- und Anlegerschutz ausgenutzt werden. Die drei Behörden hätten interne Strukturen auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes aufgebaut. Die Vertreter der Mitgliedstaaten in den Aufsichtsgremien kämen jedoch nicht immer aus Behörden; die für den Verbraucherschutz zuständig sind. Sie tendierten daher dazu, anderen Themen den Vorrang einzuräumen. Es sollte daher nach Wegen gesucht werden wie die maßgeblichen nationalen Behörden für Verbraucherschutz einbezogen werden können.

Alle drei Aufsichtsbehörden hätten Leitlinien zu Fragen des Verbraucherschutzes veröffentlicht. Es seien auch mehrere Informationstage zum Verbraucher- bzw. Anlegerschutz abgehalten worden. Bisher hätten die drei Aufsichtsbehörden vier Warnhinweise veröffentlicht, nämlich zu Investitionen in Devisen (Dezember 2011), zu Fallen bei Online-Investitionen (September 2012), zu Differenzgeschäften (April 2013) und zu virtuellen Währungen (Dezember 2013), die auf den jeweiligen Websites veröffentlicht wurden. „Der Öffentlichkeit scheinen diese Warnhinweise jedoch kaum bekannt zu sein“, so der Bericht.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/finances/committees/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/finances/committees/index_de.htm)

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/finances/docs/committees/140808-esfs-review\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/finances/docs/committees/140808-esfs-review_de.pdf) (Bericht)

### 2. Europäische Finanzaufsichtsbehörden kritisieren Missachtung von Verbraucherrechten durch Banken und Versicherungen

Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden EBA (Europäische Bankenaufsichtsbehörde), ESMA (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde) und EIOPA (Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung) bemängelten am 31. Juli 2014 in einer gemeinsamen Stellungnahme Praktiken von Finanzinstituten beim Verkauf eigener Schuldtitel an die eigenen Kunden. Diese Praxis habe zugenommen, da Banken und Versicherungen gehalten seien, ihre Eigenkapitalbasis zu verbessern.

So hätten etwa Kreditinstitute bei ihren Anlegern den Eindruck erweckt, dass eine von ihnen herausgegebene Schuldverschreibung sicher sei, obwohl keine Sicherung wie für Spareinlagen bestand. Diese selbst herausgegebenen Schuldtitel seien nicht standardisiert und für Anleger ohne Fachkenntnisse nur schwer verständlich. Insbesondere bedingte Pflichtwandel-schuldverschreibungen seien für die Anlage durch Verbraucher nicht geeignet. Die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden fordern Banken und Versicherungen nachdrücklich auf, die bestehenden Regelungen für den Vertrieb von Finanzprodukten an Verbraucher einzuhalten.

<http://www.eba.europa.eu/-/the-joint-committee-of-the-esas-reminds-financial-institutions-of-their-responsibilities-when-placing-their-own-financial-products-with-consumers>

<http://www.eba.europa.eu/documents/10180/15736/JC+2014+062+%28Self+placement+-+Reminder+to+financial+institutions+FINAL%29.pdf>

### 3. Besserer Schutz von Anlegern bei offenen Publikumsfonds

Der EU-Ministerrat verabschiedete am 23. Juli 2014, nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, die Richtlinie für offene Publikumsfonds (Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren, OGAW). Ziel der Richtlinie ist ein besserer Schutz der Anleger vor Fondsmanagern welche zu große Risiken eingehen. Zu diesem Zweck wird die Vergütung der Fondsmanager an den Erfolg der Anleger gebunden. Außerdem sollen Anleger keine Verluste erleiden wenn Wertpapiere in Obhut der Verwahrestellen verloren gehen. Zu diesem Zweck werden eine strikte Haftung der Depotbanken sowie strenge Sanktionen eingeführt. Personen welche über Missbräuche informieren („Whistleblower“) erhalten einen sicheren Zugang zur Europäischen Marktaufsichtsbehörde (ESMA) und zu den nationalen Finanzaufsichtern. Die Mitgliedstaaten erhalten 18 Monate zur Umsetzung.

[http://www.consilium.europa.eu/ue-docs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/144123.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ue-docs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/144123.pdf)

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=PE%2075%202014%20INIT>

### 4. Bankkonto für jedermann und besserer Vergleich von Bankgebühren

Der EU-Ministerrat verabschiedete am 23. Juli 2014, nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, die Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontogebühren, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen. Nach der Neuregelung steht ein preiswertes Basiskonto nicht nur Personen offen, die bisher kein Bankkonto hatten, sondern allen Bankkunden die sich mit Basisfunktionen zufrieden geben. Dies bedeutet, dass mit der Bankkarte bezahlt werden kann, dass Überweisungen getätigt werden können und dass man Bargeld am Automaten abheben kann. Nur ein Überziehungskredit ist nicht vorgesehen.

Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass eine ausreichende Zahl von Banken

mit eigenen Geschäftsstellen ein solches Konto anbietet. Außerdem soll Verbrauchern der Vergleich von Bankengebühren erleichtert werden. Hierzu sind europaweit standardisierte Informationen vorgesehen. In jedem Mitgliedstaat muss mindestens eine unabhängige Website eingerichtet werden welche den Vergleich von Kontoangeboten ermöglicht. Die Mitgliedstaaten erhalten zwei Jahre zur Umsetzung.

[http://www.consilium.europa.eu/ue-docs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/144122.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ue-docs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/144122.pdf)

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=PE%2089%202014%20INIT>

## Gesundheit / Ernährung

### 1. EU-Kommissar Borg: Ebola-Risiko in Europa äußerst gering

Nachdem die Weltgesundheitsorganisation den Ebola-Ausbruch in Westafrika am 8. August 2014 zu einem internationalen Gesundheitsnotfall ausgerufen hat, erklärte EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg in Brüssel: "Ich möchte den europäischen Bürgern versichern, dass das Ebola-Risiko im EU-Gebiet äußerst gering ist. Zum Einen ist es bei relativ wenigen Menschen, die in die EU einreisen, wahrscheinlich, dass sie mit dem Virus infiziert sind, zum Anderen liegt dies daran, wie sich der Virus verbreitet, nämlich durch direkten Kontakt mit den Körperflüssigkeiten eines Erkrankten. Und auch im unwahrscheinlichen Fall, dass Ebola die EU erreicht, sind wir darauf vorbereitet, mit dem Virus umzugehen." Informationen für Reisende in die betroffenen Länder würden ständig auf neuesten Stand gebracht, so Borg.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12610\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12610_de.htm)

### 2. Anbauverbot für grüne Gentechnik rückt näher

Der EU-Ministerrat verabschiedete am 23. Juli 2014 seinen Standpunkt zum Selbstbe-

stimmungsrecht beim Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen. Danach kann künftig jeder Mitgliedstaat selbst darüber befinden, ob er den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf seinen Äckern zulässt. Nunmehr können mit dem Europäischen Parlament Gespräche über eine Einigung in zweiter Lesung aufgenommen werden.

Das neue Zulassungsverfahren sieht vor, dass die EU-Kommission einem Hersteller von gentechnisch veränderten Pflanzen die Entscheidung der Mitgliedstaaten mitteilt, ein Anbauverbot auszusprechen. Entweder entspricht der Hersteller dann dieser Vorgabe und nimmt das Gebiet aus dem Zulassungsantrag aus oder der Mitgliedstaat verhängt nach den in der Richtlinie festgelegten Regeln das Anbauverbot.

[http://www.consilium.europa.eu/ue-docs/cms\\_data/docs/pressdata/en/en-vir/144116.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ue-docs/cms_data/docs/pressdata/en/en-vir/144116.pdf)

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2010972%20014%20ADD%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2010972%20014%20INIT>

### 3. EU-Kommission setzt Regelungen für nachhaltige Fischerei durch

Die EU-Kommission gab am 11. August 2014 eine Kürzung der Fangquoten wegen Überfischung im Jahr 2013 bekannt. Hierdurch sollen Schäden an den Beständen im Sinne einer nachhaltigen Fischerei ausgeglichen werden. Betroffen sind Belgien, Dänemark, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, die Niederlande, Polen, Portugal und das Vereinigte Königreich sowie 45 Fischbestände. Im Vergleich zu 2013 ging die Zahl der Quotenkürzungen um 22 Prozent zurück.

Maria Damanaki, EU-Kommissarin für maritime Angelegenheiten und Fischerei, erklärte: „Wenn wir Überfischung ernsthaft bekämpfen wollen, müssen wir uns strikt an die Vorschriften halten, und das schließt ein, dass die Fangquoten eingehalten werden. Ich freue mich, dass wir im Jahr 2013 offenbar in Bezug auf die Einhaltung der

Quoten bessere Arbeit geleistet haben als in den Vorjahren. Damit aber in ganz Europa gesunde Fischbestände gewährleistet sind, sind effiziente Kontrollen erforderlich, um die Vorschriften an Ort und Stelle durchzusetzen.“

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12615\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12615_de.htm)

### 4. Konsequenzen aus Pferdefleischskandal: europaweite Tests veröffentlicht

Die EU-Kommission veröffentlichte am 24. Juli 2014 die Ergebnisse europaweiter Tests vom April 2014. Insgesamt führten die zuständigen Behörden der 28 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegens, Islands und der Schweiz 2622 Tests bei als Rindfleisch deklarierten Produkten durch. Nur in 16 Fällen (0,61 Prozent der Proben) wurden Spuren von Pferdefleisch-DNA festgestellt. In Deutschland war eine Probe positiv. In der ersten koordinierten Testrunde im Jahr 2013 wurden in 4,6 Prozent der untersuchten Proben Spuren von nicht deklariertem Pferdefleisch nachgewiesen.

EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg erklärte: "Die heutigen Ergebnisse bestätigen, dass unsere gemeinsamen Anstrengungen Früchte Tragen und dass verstärkte Kontrollen, um Lebensmittelbetrug aufzudecken, Wirkung zeigen. Das Vertrauen der Verbraucher und Unternehmen in unsere Lebensmittelkette wiederherzustellen ist entscheidend für unsere Wirtschaft, denn der Lebensmittelsektor ist einer der größten Wirtschaftszweige in der EU."

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12586\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12586_de.htm)

[http://ec.europa.eu/food/food/horse-meat/docs/results\\_competent\\_authorities\\_2014\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/food/food/horse-meat/docs/results_competent_authorities_2014_en.pdf)

### 5. Informationen für Verbraucher über das Nichtvorhandensein von Gluten in Lebensmitteln

Im EU-Amtsblatt vom 31. Juli 2014 ist die Verordnung der EU-Kommission vom 30. Juli 2014 über die Anforderungen an die Bereitstellung von Informationen für Ver-

braucher über das Nichtvorhandensein oder das reduzierte Vorhandensein von Gluten in Lebensmitteln veröffentlicht worden. Menschen, die an Zöliakie erkrankt sind, leiden an einer dauernden Glutenunverträglichkeit. Informationen über das Nichtvorhandensein oder das reduzierte Vorhandensein von Gluten in Lebensmitteln sollen diesen Menschen helfen, sich für zu Hause und unterwegs einen möglichst abwechslungsreichen Speiseplan zusammenzustellen.

[http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L\\_.2014.228.01.0005.01.DEU](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2014.228.01.0005.01.DEU)

## 6. App zum Auffinden von Sonderangeboten bei Lebensmitteln

Mit der [@FoodLoopApp](#) können Verbraucher demnächst in ausgewählten Läden nach einem Produkt Ihrer Wahl suchen und aktuelle Angebote abfragen. Zu der App gehört auch ein Benachrichtigungsdienst. Verbraucher können in der App auf ihrem Telefon eine persönliche Einkaufsliste mit Produkten erstellen, die sie regelmäßig kaufen (z. B. Joghurt oder Bananen) und angeben, ob sie über Sonderangebote in Ihrer Nähe informiert werden wollen. Verbilligen sich die von Ihnen gewählten Produkte, etwa weil das Mindesthaltbarkeitsdatum für Lebensmittel näher rückt, wird dies direkt mitgeteilt. Diese App ist mit der von der Europäischen Union finanzierten Software-„Toolbox“ entwickelt worden. Erhofft wird, dass weniger Lebensmittel im Müll landen.

„Für den Einzelhandel ist das System ebenfalls ganz leicht zu handhaben“, erläutert Christoph Müller-Dechent, Gründer von FoodLoop. „Wir haben ein System entwickelt, mit dem Waren, bei denen das Mindesthaltbarkeitsdatum fast erreicht ist, quasi automatisch über eine Verbindung zum Warenwirtschaftssystem des Händlers entsprechend ausgezeichnet werden.“

FoodLoop wird demnächst in Deutschland in zwei Bio-Supermärkten und einer Bäckerei in der Nähe von Bonn eingeführt.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-909\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-909_de.htm)

## 7. Zulassung von Lebensmittelzusatzstoffen

Der EU-Ministerrat erhob am 23. Juli 2014 keine Einwände gegen die Vorschläge von Verordnungen der EU-Kommission hinsichtlich der Spezifikationen für Calciumpropionat und hinsichtlich der Verwendung von Calciumascorbat (E 302) und Natriumalginate (E 401) in bestimmtem nicht verarbeiteten Obst und Gemüse. Die EU-Kommission kann diese Verordnungen annehmen, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?!=DE&f=ST%2011526%202014%20ADD%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?!=DE&f=ST%2011526%202014%20INIT>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?!=DE&f=ST%2011528%202014%20ADD%201>

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?!=DE&f=ST%2011528%202014%20INIT>

# Telekommunikation / Medien / Internet

## 1. Neue Normen zur Achtung der Privatsphäre bei Einsatz von intelligenten Chips

Die EU-Kommission gab am 30. Juli 2014 bekannt, dass neue, EU-weit geltende technische Normen vereinbart worden sind, damit Nutzer von intelligenten RFID-Chips und -Systemen (Radio Frequency Identification, deutsch Funkfrequenzkennzeichnung) die Anforderungen des EU-Datenschutzrechts besser erfüllen können.

Nach den neuen Normen können Personen, die elektronische Zeitfahrkarten nutzen oder Kleidung bzw. Supermarktwaren mit RFID-Tags kaufen, künftig dank dem RFID-Zeichen erkennen, dass diese mit einem intelligenten Chip ausgestattet sind.



„Sogenannte Smart Tags und intelligente Systeme gehören bereits zum Alltag. Sie machen Systeme einfacher und verhelfen der Wirtschaft zum Aufschwung“, so die Vizepräsidentin der EU-Kommission, Neelie Kroes (@NeelieKroesEU). „Allerdings müssen Normen existieren, die gewährleisten, dass diese nützliche Entwicklung nicht auf Kosten des Datenschutzes und der Sicherheit personenbezogener Daten geht.“ RFID-Chips dürften nicht zur Überwachung der Verbraucher führen und sollten automatisch und kostenfrei an der Kasse deaktiviert werden.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-889\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-889_de.htm)

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-09-740\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-09-740_de.htm?locale=en)

## 2. Noch kein Termin für Gespräche über europäische Datenschutzreform

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments führte am 22. Juli 2014 reine Aussprache über das Datenschutzpaket, insbesondere die Datenschutzgrundverordnung. Das Europäische Parlament hat seinen Standpunkt bereits festgelegt. Es geht nunmehr darum, wann Gespräche mit dem EU-Ministerrat über eine Einigung geführt werden können. Der Vertreter der italienischen Präsidentschaft des EU-Ministerrats konnte in dieser Sitzung jedoch keinen Termin für einen Beginn der Gespräche nennen. Angestrebt werde ein Verhandlungsbeginn zum Jahresende

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20140722-1500-COMMITTEE-LIBE> (Sitzungsaufzeichnung, 16:47 bis 17:35)

## 3. Anerkennung von elektronischen Signaturen in anderen Mitgliedstaaten

In der Regel können Verbraucher ihre elektronischen Identifizierungsmittel nicht verwenden, um sich in einem anderen Mitgliedstaat zu authentifizieren, weil die nationalen elektronischen Identifizierungssysteme ihres Landes in anderen Mitgliedstaaten nicht anerkannt werden. Nach der vom EU-Ministerrat am 23. Juli 2014 ver-

abschiedeten Verordnung über die elektronische Identifizierung im Binnenmarkt soll ab dem 1. Juli 2016 die gegenseitige Anerkennung von elektronischer Identifizierung gelten.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/press\\_data/en/trans/144112.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/press_data/en/trans/144112.pdf)

<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=PE%2060%202014%20REV1>

## Wirtschaftsfragen / Wettbewerb

### 1. Weniger Produktpiraterie in Europa

Die Zollbehörden in der Europäischen Union haben im Jahr 2013 nahezu 36 Millionen gefälschte oder illegal kopierte Güter beschlagnahmt. Der Warenwert der abgefangenen Waren betrug mehr als 760 Mio. EUR. Im Jahr 2012 betrug die Anzahl beschlagnahmter Güter rund 40 Millionen. Dies geht aus dem Jahresbericht der EU-Kommission über Zollmaßnahmen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums hervor. Den Zollbeschlagnahmen liegt eine große Anzahl von Kleinsendungen im Express- und Post-Verkehr zugrunde, die insbesondere aus Internetverkäufen hervorgehen.

Algirdas Šemeta, EU-Kommissar für Steuern, Zollunion, Audit und Betrugsbekämpfung, erklärte: „Europas Wertschöpfung beruht auf Innovation und Kreativität. Der Schutz der Rechte des geistigen Eigentums ist daher nicht nur wichtig für die Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher, sondern auch für Wachstum und Beschäftigung in der EU. Aus den Zahlen im heutigen Bericht ist ersichtlich, dass die Fälscher vor keinen Waren Halt machen und dass der Zoll beim Abfangen gefälschter Produkte richtig gute Arbeit leistet.“

Kleidung liegt mit 12 Prozent an der Spitze der Liste der beschlagnahmten Artikel. Produkte des täglichen Gebrauchs (Körperpflegeprodukte, Arzneimittel, Spielzeuge

und elektrische Haushaltsgeräte) machten 25,2 Prozent der Gesamtzahl der beschlagnahmten Artikel aus. Die meisten beschlagnahmten Waren kamen aus China. Bei Lebensmitteln war Ägypten das wichtigste Herkunftsland und bei Parfums und Kosmetika die Türkei.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-890\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-890_de.htm)

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/customs/customs\\_controls/counterfeit\\_piracy/statistics/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/customs/customs_controls/counterfeit_piracy/statistics/index_de.htm)

## 2. Zinsniveau verbleibt auf Rekordtief

Auf seiner Sitzung am 7. August 2014 beließ der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) den Leitzins wie erwartet bei 0,15 Prozent. Zu diesem Zinssatz erhalten die Banken mindestens bis Ende 2016 unbegrenzt Geld von der EZB („Liquidität“). EZB-Präsident Mario Draghi begründete die Zinsentscheidung erneut mit einer schwachen Erholung der Wirtschaftstätigkeit im Euro-Währungsgebiet bei weiterhin niedrigen Inflationsraten. Risiken für die Erholung ergäben sich aus den Krisen in der Ukraine und im Nahen Osten. Im Juli sei die Inflation auf 0,4 Prozent geschätzt worden, nach 0,5 Prozent im Juni. Der Grund für den Rückgang seien vor allem niedrigere Energiepreise. Mittelfristig werde die Inflation wieder ein Niveau von nahe 2 Prozent erreichen.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2014/html/pr140807.de.html>

[http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB\\_Pressemitteilungen/2014/2014\\_08\\_07\\_pressekonferenz.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB_Pressemitteilungen/2014/2014_08_07_pressekonferenz.pdf?__blob=publicationFile)

<http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2014/html/is140807.en.html#qa>

## 3. Verbrauchervertrauen in Europa geht zurück

Nach einer Schnellschätzung der Generaldirektion für Wirtschaft der EU-Kommission, ging der Index des Verbrauchervertrauens

im August 2014 zurück. Gegenüber Juli 2014 fiel der Index in der Europäischen Union um 0,9 Punkte auf minus 6,4 und im Eurogebiet um 1,6 Punkte auf minus 10,0.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-940\\_en.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-940_en.htm?locale=en)

## 4. Neue Regeln für Staubsauger ab 1. September 2014

Ab 1. September 2014 dürfen nach der neuen EU-Ökodesignrichtlinie der EU-Kommission nur noch Staubsauger mit bis zu 1600 Watt Leistung verkauft werden und ab 2017 nur noch Staubsauger mit bis zu 900 Watt. Derzeit liegt der Durchschnitt bei 1800 Watt. Altbestände können aber weiter vermarktet werden. Ab 1. September 2014 gibt es auch neue Energie-Label auf den Staubsaugern. Stromsparende Modelle werden mit einem grünen A gekennzeichnet, Stromfresser mit einem roten G. Ferner informiert das Label über Reinigungskraft, Staubemissionen und Lärmpegel. Ab 2017 gilt auch eine Begrenzung der Lautstärke auf maximal 80 Dezibel. Dies entspricht dem Lärm eines Rasenmähers.

[http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12627\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12627_de.htm)

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:192:0024:0034:DE:PDF>

## 5. Konsultation zur Sicherheit von Touristenunterkünften

Die EU-Kommission gab am 29. Juli 2014 mit einem „Grünbuch Sicherheit touristischer Beherbergungsleistungen“ einen Anstoß zu einer öffentlichen Konsultation über die Sicherheit von touristischen Beherbergungsleistungen. Dabei sollen Beiträge aller Interessierten zusammengetragen werden, um evaluieren zu können, ob die Probleme mit unsicheren Touristenunterkünften wirksam angepackt werden. Dieses Grünbuch stellt auch die Frage, auf welcher Ebene Maßnahmen am effektivsten wären, um einen sinnvollen Beitrag zu einem für die Verbraucher wirkungsvollen Sicherheitsniveau zu leisten. Beiträge können bis zum 30. November 2014 bei der für



Gesundheit zuständigen Generaldirektion der EU-Kommission eingereicht werden.

[http://ec.europa.eu/dgs/health\\_consumer/dgs\\_consultations/ca/consultation\\_20141130\\_tourism\\_en.htm](http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/dgs_consultations/ca/consultation_20141130_tourism_en.htm)

<http://ec.europa.eu/eusurvey/runner/STAS?surveylanguage=DE>

## Terminvorschau

Rat

### Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ (2. September 2014)

Öffnung des Marktes im Schienenpersonenverkehr.

### Ratsarbeitsgruppe „Transatlantische Beziehungen“ (2. September 2014)

Import von Erzeugnissen aus Seehunden welche von Angehörigen der Urbevölkerung vermarktet werden (Information über gemeinsame Erklärung von Kanada und der EU); Potenzielle Rolle von kanadischem Öl und Gas bei der Diversifizierung der Energieimporte der EU; Vorbereitung des EU-Kanada-Gipfels.

### Ratsarbeitsgruppe „Gesundheitswesen“ (3. September 2014)

EU-Position zu Beratungen in der Weltgesundheitsorganisation über Maßnahmen gegen Tabakkonsum.

### Ratsarbeitsgruppe „Lebensmittelqualität“ (3./4. September 2014)

Verordnung über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen.

### Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (4. September 2014)

Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit in der Union.

### Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (5. September 2014)

Energieeffizienz und ihr Beitrag zur Energieversorgungssicherheit und zum Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030.

### Ratsarbeitsgruppe „Horizontale Agrarfragen“ (8. September 2014)

Beihilferegelung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen.

### Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (9. September 2014)

Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge.

### Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und -information“ (10. September 2014)

Bausteinreisen und Reisevermittlung.

### Ratsarbeitsgruppe „Informationsaustausch und Datenschutz“ (11./12. September 2014)

Datenschutzgrundverordnung (Kapitel IV und Recht auf Vergessenwerden).

### Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (11./12. September 2014)

Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika.

## Europäisches Parlament

### Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (1./2. September 2014)

Europäischer Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation (Abstimmung über Verhandlungsmandat); Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2014 – COP 20 in Lima, Peru (1.-12. Dezember 2014).

### Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (3. September 2014)

Den Mitgliedstaaten eingeräumte Möglichkeit, den Anbau von GVO auf ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu un-

tersagen; EU-Strategie gegen Alkoholmissbrauch: Sachstand; Aussprache mit Janez Potočnik, für Umwelt zuständiges Kommissionsmitglied, über das Paket zur Kreislaufwirtschaft; Aussprache mit Tonio Borg, für Gesundheit zuständiges Kommissionsmitglied, über die Ebola-Krise in Westafrika.

#### **Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (3. September 2014)**

Workshop „Eine neue Strategie für die Geschlechtergleichstellung nach 2015“.

#### **Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (3./4. September 2014)**

Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern (Billigung von Korrigendum); Tiergesundheit (Bestätigung des Standpunkts aus erster Lesung, Benennung des Verhandlungsteams); Klonen von Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen und Equiden, die für landwirtschaftliche Zwecke gehalten und reproduziert werden (Erläuterung durch die Kommission); Inverkehrbringen von Lebensmitteln von Klontieren (Erläuterung durch die Kommission); Vorstellung einer Studie zu den Risiken und Chancen für den Agrar- und Lebensmittelsektor der EU in einem möglichen Handelsabkommen zwischen der EU und den USA durch deren Autoren; Aussprache mit einem Vertreter der Kommission (GD AGRI) über den Aspekt Landwirtschaft in internationalen Handelsabkommen und über laufende Verhandlungen; Ökologische/biologische Produktion und Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen (Erläuterung durch die Kommission).

#### **Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (3./4. September 2014)**

Abkommen zwischen der EU und Australien über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen (Passenger Name Records – PNR) und deren Übermittlung durch die Fluggesellschaften an den australischen Zoll und den australischen Grenzschutz (Erläuterungen durch Kommission).

#### **Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (8. September 2014)**

Aussprache mit Françoise Le Bail, Generaldirektorin für Justiz.

#### **Europäische Kommission**

##### **Wöchentliche Kollegiumssitzung (3. September 2014)**

Auswirkungen der russischen Einfuhrverbote für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU.

#### **Wirtschafts- und Sozialausschuss**

##### **Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastruktur, Informationsgesellschaft (1. September 2014)**

Stellungnahme zu dem Grünbuch über mobile Gesundheitsdienste („mhealth“); Präsentation von Martin Schmalzried, Bund der Familienorganisationen der Europäischen Gemeinschaft (COFACE), zum Thema "Ergebnisse und Zielvorgaben des Projekts #DeleteCyberbullying" mit anschließender Debatte; Präsentation von Martin Ulrich, Europäische Kommission, zum Thema "Jüngste Daten des Anzeigers zur Digitalen Agenda und zugrundeliegende Methodik" mit anschließender Debatte.

##### **Plenum (10./11. September 2014)**

Stellungnahme zum Grünbuch über mobile Gesundheitsdienste ("mHealth"); Verordnung über Gasverbrauchseinrichtungen; Reaktion der Kommission auf die Europäische Bürgerinitiative "Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht! Wasser ist ein öffentliches Gut, keine Handelsware".

#### **Europäischer Gerichtshof**

##### **Urteil in der Rechtssache C-452/13 (4. September 2014)**

Zeitpunkt für Berechnung von Flugverspätung.

**Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-507/13 (8. September 2014)**

Deckelung von Bankerboni.

**Urteil in der Rechtssache C-117/13 (11. September 2014)**

Anfertigen von Kopien auf elektronischen Leseplätzen in öffentlichen Bibliotheken.

**Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-204/12 bis C-208/12 (11. September 2014)**

Grünstromzertifikate aus anderen EU- bzw. EWR-Staaten.

**Urteil in der Rechtssache C-382/12 P (11. September 2014)**

Multilaterale Interbankenentgelte im Kartenzahlungssystem MasterCard.

]

]

Newsletter verfasst von Dr. Ekkehard Rohrer,  
MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv)